

Republik und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei unterstrichen bei der Erörterung aktueller internationaler Fragen, daß die Entwicklung der internationalen Lage die von der Moskauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vorgenommene Einschätzung bestätigt. Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen sind fest entschlossen, gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern alle Kraft für die Verwirklichung der Festlegungen der Moskauer Deklaration einzusetzen. Sie betrachten dabei die unverzügliche Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens, zur schrittweisen Reduzierung der Rüstungsarsenale, vor allem der Kernwaffen, bis hin zu ihrer schließlichen Liquidierung als Kernfrage für die dauerhafte Sicherung des Friedens. Den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der strategischen Rüstungen und das baldige Inkrafttreten des Abkommens zwischen beiden Ländern schätzten Erich Honecker und Edward Gierek als außerordentlich wichtig für die Fortführung der Entspannung im Gesamtsystem der internationalen Beziehungen, darunter in Europa, ein.

Die führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterstrichen, daß Fortschritte in den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa erreicht werden können, wenn die konstruktiven Vorschläge der sozialistischen Staaten vom Juni 1978 endlich Resonanz bei den übrigen Verhandlungspartnern finden.

Sie bekräftigten ihre Auffassung, daß Erfolge auf dem Gebiet der militärischen Entspannung die unabdingbare Voraussetzung dafür sind, um die in Europa auf politischem Gebiet erreichte Entspannung dauerhaft zu machen. Sie betonten, daß in diesem Zusammenhang der baldige Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf die gegenseitige Erstanwendung sowohl nuklearer als auch konventioneller Waffen zwischen den Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine wesentliche Rolle spielen würde. Sie wandten sich entschieden gegen Pläne der NATO, in Europa weitere Kernwaffen zu stationieren. Sie brachten die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zum Ausdruck, im konstruktiven Geist alle Schritte zu erörtern, die der Vertiefung des Vertrauens zwischen den Staaten und der Verringerung der militärischen Konfrontation in Europa dienen könnten. Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen treten deshalb mit aller Entschlossenheit dafür ein, in allernächster Zeit auf politischer Ebene eine gesamteuropäische Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung durchzuführen.

Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung der konsequenten Verwirklichung